

12.28

Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich kann durchaus die kritischen Kommentare zu den EU-Vorhaben im Bereich der Wirtschaft verstehen – durchaus! Und vieles, was hier an Kritik geübt wurde, ist auch richtig. Aber zuerst ein paar kleine Korrekturen oder das, was mir zumindest aufgefallen ist: Kollege Pisec hat gesagt, wir sollten doch eine Unternehmenssteuerreform machen und die Unternehmen fit machen. – Ja, und zahlen dürfen es die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, denn diese können nicht jonglieren wie die Firmen. Ich würde mir wünschen, dass Sie im EU-Ausschuss beim Thema Ertragssteuer-Richtlinie genauso tapfer sind, bei der es nämlich um die Transparenz bei den großen multinationalen Konzernen, die in Europa ihre Erträge verschleiern, geht.

Zum Zweiten: Ich hoffe, das war ein kleiner Fehler. Aber zumindest kann ich das, was Sie gesagt haben, unterstreichen – Sie wollten es wahrscheinlich nicht so sagen –: Der Bundesregierung geht es ja um die Arbeitsplätze. – Ja, richtig, es geht uns um die Arbeitsplätze. Es geht um die Konjunktur und die Wirtschaft. Sie haben es aber als Kritik angebracht.

Zum Schluss möchte ich dem Kollegen Tiefnig noch etwas sagen. Er hat gesagt: Wir schultern die Last der Flüchtlinge. – Also mittlerweile liegen sehr viele Zahlen vor, die nahelegen, dass die Flüchtlinge ein enormer Konjunkturmotor für Europa sind, damit die Kommunen investieren können. In Deutschland liegen dazu schon unglaubliche Zahlen vor, also nicht alles ist eine Last, manches entwickelt sich ... (*Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*) – Ja, die Städte und Gemeinden werden plötzlich von der Investitionsknebelung befreit und können entsprechende Unterkünfte und so weiter bauen; das löst Effekte aus.

Aber gehen wir zurück: Juncker will auch Effekte auslösen. Und jenen, denen das Wirtschaftsprogramm heute zu dünn ist, können sich das Programm des Bundesministeriums für Infrastruktur anschauen, das im Wesentlichen ungefähr 80-prozentige Deckungsgleichheit aufweist, nur wesentlich ausführlicher ist, aber beides zielt auf dasselbe ab.

Nur, Herr Staatssekretär – wir haben es auch im EU-Ausschuss gesagt –: Beim Juncker-Paket setzen wir schon ein bisschen auf das Prinzip Hoffnung. Ich meine, ich war in meiner Kindheit Ministrant und weiß, was das Wunder von Kana und der Effekt der Bergpredigt sind, nämlich nahrungsmittelmäßig und dass Wasser zu Wein gemacht wurde. Aber derzeit sind wir bei 21 Milliarden €, die real 315 Milliarden € werden sollen.

Da bin ich noch neugierig, ob das tatsächlich so kommt. Wenn es kommt, dann sind wir ja alle glücklich, selbst Herr Kollege Pisec ist glücklich, wenn das Wachstum, die Beschäftigung und die Konjunktur entsprechend angekurbelt werden. (*Bundesrat Pisec: Eine halbe Million Arbeitslose!*) – Ja, deshalb **müssen** wir ja ankurbeln!

Und wir reden hier ja nicht nur sozusagen über die Rückkoppelung, was Österreich betrifft. Die Kollegin Reiter hat richtig gesagt: COSME ist natürlich etwas Wichtiges, es hilft den KMU und Start-up-Unternehmen. Das heißt, es gibt dort Kreditbürgschaften, wo wir in echten Kreditklemmen stecken.

Den Breitbandausbau so beiseitezuschieben, ist wirklich unrichtig. Das ist eine Milliardeninvestition. Diese macht das Land, die Wirtschaft und die Möglichkeiten fit, und das sollte man nicht als ein Na-ja-Projekt darstellen. (*Zwischenruf der Bundesrätin Reiter.*)

Kommen wir nun auf etwas zurück, was mir ein bisschen mehr Sorgen bereitet: Natürlich sind wir alle für den digitalen Binnenmarkt, für die Vertiefung des Binnenmarktes. Wir haben die Digital Roadmap der Bundesregierung, wir haben die unglaublich gute Arbeit des Bundesrates mit dem Grünbuch und wir erwarten uns in Europa vier Millionen Arbeitsplätze und jährlich 520 Milliarden € zum BIP der 28 Staaten.

Aber wir brauchen – und das sage ich jetzt den lieben Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer hier in unserer Mitte – Vorkehrungen. Wir brauchen Vorkehrungen, denn überall dort, wo Industrie 4.0 möglich ist, müssen wir auch Riegel vorsetzen.

Wir wundern uns alle, dass die Banken aufgrund der Automatisierung und des E-Banking keine Filialen mehr brauchen und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen abbauen. Aber ich sage Ihnen: In den nächsten fünf Jahren haben unsere Supermärkte nur mehr Selbstbedienungskassen mit einem Supervisor. Solche Supermärkte gibt es bereits. Irgendwo brauchen wir auch Gesetze, die sagen, wie viel Personal bei welchen Möglichkeiten in einem Supermarkt, zum Beispiel in einem Lebensmittelsupermarkt, vorhanden sein sollen. Ich war kürzlich in einem Supermarkt: acht automatische Kassen, eine Supervisorin. Ich habe gesagt: Sie können mein Wagerl wiederhaben. Ich möchte eine Kassa mit Menschen. – Aber: Das kommt! Und jetzt ist die Frage: Ist alles, was möglich ist, möglich, oder haben wir damit nicht einen ganz sensiblen Bereich?

Es kommen vier Millionen Arbeitsplätze, aber die verlangen andere Qualifikationen. Und wir sollten nicht vergessen, dass wir die Menschen aus dem Handel, die vielleicht

ein bisschen weniger ausgebildet sind, nicht einfach in die Arbeitslosigkeit schieben können. Welche Ersatzarbeitsplätzen haben wir denn, falls 20 000, 30 000 Handelsangestellte ohne Arbeitsplätze sind? Wer von uns hätte gedacht, dass QUELLE und Otto Versand von einst heute eine Wiederkehr feiern (*Zwischenruf des Bundesrates Preineder*) und in den Einkaufsstrassen immer mehr kleine Handelsgeschäfte schließen? Diese Entwicklungen müssen wir mitberücksichtigen.

Kommen wir zum nächsten großen Punkt in diesem Bericht: die Energiegeschichte. Wir, der Bundesrat, haben das ja schon sehr kritisch gewürdigt. Wir haben die Gesamtausrichtung der Energieunion, die einseitige Gesamtausrichtung, kritisiert. Wir haben auch Zwischenschritte kritisiert. Derzeit sind wir nur im Bereich der Strategie.

Wir haben gestern gesagt, dass wir uns zum Beispiel das Cooling und die Wärmebeschaffung eigens vornehmen, denn das ist wiederum die Hintertür zur Atomtechnologie, wenn sie einseitig auf Elektrizität basiert. In dieser ganzen Strategie kommen weder regionale Energieträger noch Energieeffizienz, noch erneuerbare Energien, noch Energiesubstitutionsmöglichkeiten vor, diese fehlen, aber man beschäftigt sich ganz schnell mit Gasversorgungseinheiten und so weiter. – Die Lampe leuchtet schon, jetzt muss ich schneller sein.

Freihandelsabkommen – also ich sage das hier, und wir können das gerne überprüfen –: TTIP ist tot. TTIP wird es, meiner Meinung nach, nicht geben. Da rinnt Gott sei Dank die Zeit davon.

Es bleibt CETA: Die Landeshauptleutekonferenz hat gestern etwas getan, was, glaube ich, sehr beeindruckend ist. Es gibt keine Paraphierung vorab und damit keine Chance des vorzeitigen Inkrafttretens von Teilen von CETA. Das wurde uns auch gestern im EU-Ausschuss bestätigt. (*Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth.*)

Ich denke, wir haben eine gute Vorgangsweise gefunden, indem wir dieses Gutachten abwarten. Es ist ja nicht so, dass der Bundesrat nicht schon Stellungnahmen abgegeben hätte, sowohl zu CETA als auch zu TTIP, nämlich sehr kritische – kritischer als der Nationalrat. Es ist auch nicht so – ich weiß nicht, wer das vorhin gesagt hat, ich glaube Kollege Tiefnig hat das gesagt –, dass wir ein Freihandelsabkommen brauchen, um Exporte zu tätigen. Die Exporte sind seit Jahrzehnten eine der größten Wirtschaftsleistungen Österreichs. Ob wir **solche** Freihandelsabkommen brauchen, ist eine ganz andere Frage.

Kommen wir zum letzten Punkt: Ich **hoffe**, dass diese Restriktionen für Russland Schritt für Schritt zurückgenommen werden, denn sie bringen nichts. Es gibt andere Mechanismen, um die Integrität der Ukraine wiederherzustellen und Russland an einen

Verhandlungstisch zu bringen, als Sanktionen auszusprechen, die nur eines nach sich ziehen, nämlich dass sie Europa schaden und den USA nützen. Die Exporte der USA nach Russland sind um über 10 Prozent gestiegen, seit Europa Restriktionen eingeführt hat. Ein Schelm, wer nicht daran denkt, was dahintersteckt.

In diesem Sinne werden wir natürlich dem Vorhaben der EU im Bereich der Wirtschaft zustimmen, aber hoffen, dass die richtigen Weichen im Bereich der Energieunion, im Bereich des digitalen Binnenmarktes gestellt werden, und vor allem, dass das Juncker-Paket tatsächlich seine volle Wirkung zeigt. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Bundesräten der ÖVP.)*

12.38

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Staatssekretär Dr. Mahrer. – Bitte.